Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10166

24. 03. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Michaele Hustedt, Dr. Uschi Eid, Wolfgang Schmitt (Langenfeld), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/7783 –

Umwelt- und Entwicklungspolitik auf dem Weg ins 21. Jahrhundert – Nachhaltigkeit global umsetzen

A. Problem

Mit dem im Vorfeld der Sonder-Generalversammlung der Vereinten Nationen im Juni 1997 gestellten Antrag soll die Bundesregierung u.a. aufgefordert werden, in 18 näher bezeichneten Teilbereichen (darunter z. B. Handel und Umwelt, Energie, Verkehr, Abfälle etc.) auf internationale Festlegungen hinzuwirken, die eine nachhaltig zukunftsfähige Entwicklung sichern. Auch seien umgehend national die notwendigen Umsetzungsschritte zu ergreifen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheitsentscheidung

Der Ausschuß ist mehrheitlich der Auffassung, die Bundesregierung setze sich bereits in vorbildlicher Weise für die genannten Zielvorstellungen ein. Eine zusätzliche Aufforderung an die Bundesregierung sei daher nicht erforderlich.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 13/7783 abzulehnen.

Bonn, den 11. Februar 1998

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Vorsitzender

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Berichterstatter

Michael Müller (Düsseldorf)
Berichterstatter

Michaele Hustedt
Berichterstatterin

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Michael Müller (Düsseldorf), Michaele Hustedt und Birgit Homburger

I.

Der Antrag auf Drucksache 13/7783 wurde in der 178. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Juni 1997 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag mehrheitlich abgelehnt.

II.

Mit dem Antrag auf Drucksache 13/7783 soll der Deutsche Bundestag u. a. aufgefordert werden festzustellen, daß sich auch fünf Jahre nach der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Juni 1992 am globalen Trend zur Umweltzerstörung nichts geändert habe. Die angestrebte Trendwende hin zu einer Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und der Änderung der Produktions- und Lebensstile sei nicht eingetreten.

Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, in 18 Themenfeldern (Armutsbekämpfung, Änderung von Produktions- und Konsummustern, Handel und Umwelt, nachhaltige Siedlungspolitik, Schutz der Ozeane/nachhaltige Fischereiwirtschaft, Wälder, Energie, Verkehr, Schutz der Erdatmosphäre, Ernährungssicherheit/ökologische Landwirtschaft, Wüstenbildung und Bodenschutz, Chemikalien, Abfälle, Biodiversität, nachhaltiger Tourismus, Finanzen, Transfer umweltverträglicher Technologien und Stärkung von personellen und institutionellen Kapazitäten, institutionelle Reformen) auf im einzelnen näher bezeichnete internationale Festlegungen hinzuwirken und umgehend auch für die nationale Umsetzung zu sorgen.

III.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner Sitzung am 11. Februar 1998 beraten.

Von seiten der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. wurde festgestellt, in den im Antrag aufgeführten Themenfeldern bedürfe es keiner zusätzlichen Initiative. Deutschland leiste beispielsweise bei der Armutsbekämpfung international vorzügliche Arbeit. Die abgestimmte Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung berücksichtige Umweltaspekte ebenso wie regionenangepaßte Wachstumsaspekte und die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln. Was die Frage der Änderung von Produktions- und Konsummustern anbelange, so setze sich die Bundesregierung bei den GATT-Verhandlungen bzw. bei der WTO für die Berücksichtigung der Umweltaspekte ein. In der Europäischen Union sei man in dieser Frage bereits partiell erfolgreich gewesen. Auch hier bedürfe es aber in dieser Hinsicht weiterer Anstrengungen. Bei der Siedlungspolitik teile man die Ansicht, daß es zu einer Verdichtung kommen, der Außenbereich geschont werden und ausreichend Fläche für Naturschutz und Wald bestehen bleiben müsse. Die Konflikte müßten allerdings vor Ort gelöst werden. Was den Schutz der Ozeane und der Wälder weltweit anbelange, so seien von Deutschland mehr Initiativen ausgegangen als von jedem anderen Land. Insofern sei auch unter diesem Aspekt eine zusätzliche Aufforderung an die Bundesregierung nicht erforderlich. Dies gelte auch für Themen wie den Schutz der Erdatmosphäre oder die Biodiversität.

Von seiten der Fraktion der SPD wurde festgestellt, der Antrag stelle eine fundierte Darstellung der Themen dar, die bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu behandeln seien. Er mache auch deutlich, was national und international zu fordern sei. Kritisch sehe man beispielsweise die geforderte Aufwertung der VN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD), solange es Realisierungschancen für die Gründung einer eigenen, alle Bereiche umfassenden Weltumweltorganisation gebe.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde darauf hingewiesen, bei der Konferenz in Rio im Jahre 1992 sei ein neues Leitbild für die Welt entwickelt worden. Die wirtschaftliche Entwicklung sei mit der Bewahrung der Umwelt und der Lösung der sozialen Probleme verbunden worden. Von der damaligen Aufbruchsstimmung sei allerdings heute nicht mehr viel zu spüren. Das konkurrierende Leitbild, das allein auf den freien Welthandel setze, drohe erneut das Übergewicht zu erhalten. Hauptursache hierfür sei, daß es zwar in den Kommunen einen breiten Prozeß zur Umsetzung der Agenda 21 gebe, daß aber auf nationaler Ebene nicht viel passiere.

Von seiten der Gruppe der PDS wurde der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt. Es sei darauf aufmerksam zu machen, daß viele Bundesgesetze (z. B. das Energiewirtschaftsgesetz) die Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler Ebene behinderten.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU (bei einer Stimmenthaltung) und der F.D.P gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 13/7783 abzulehnen.

Bonn, den 23. März 1998

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Berichterstatter

Michael Müller (Düsseldorf)
Berichterstatter

Michaele Hustedt
Berichterstatterin

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333